

Das Wochenmagazin der



# Aktuell

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)  
„Österreich 2020“-Kommentar  
von Maria Hofmarcher zur  
Gesundheitspolitik

28. Mai 2010



Am 30. Mai:

## Hans Niessl

Die richtige Wahl  
für das Burgenland!

In der letzten Ausgabe haben wir die neue Kampagne „Zeit für Gerechtigkeit“ vorgestellt. Inhaltlich wird der Bogen von den Vorschlägen der SPÖ zu einer gerechten Budgetkonsolidierung, über die Maßnahmen zur sozialen Ausgewogenheit, bis hin zu den Forderungen nach gleichen Chancen für alle Menschen gespannt.

Um die Kampagne zu verstärken und auch in die Landesorganisationen, die Bezirke, die Ortsgruppen und die Vorfeldorganisationen zu tragen, wurde dieser Ausgabe ein Folder mit den wichtigsten Kampagneninhalten sowie ein Schaukastenplakat beigelegt.

Am 30. Mai wird im Burgenland ein neuer Landtag gewählt. Der Garant für die Fortsetzung des Aufwärtstrends des Burgenlands ist Landeshauptmann Hans Niessl. Er hat mit seiner verantwortungsvollen, den Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer verpflichteten Politik dafür gesorgt, dass das Burgenland unter seiner Führung in vielen Bereichen zur österreichweiten Nummer 1 wurde.

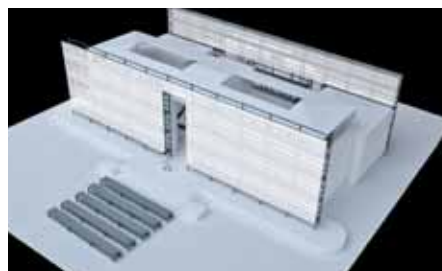
Eure Redaktion

## Highlights der Woche

|                                                                               |    |
|-------------------------------------------------------------------------------|----|
| Landtagswahl im Burgenland .....                                              | 4  |
| Interview mit Landeshauptmann Hans Niessl .....                               | 5  |
| Finanztransaktionssteuer .....                                                | 7  |
| Gemeinsame Schule .....                                                       | 8  |
| „Österreich 2020“-Kommentar von Maria Hofmarcher zur Gesundheitspolitik ..... | 14 |

## Architektur-Biennale di Venezia 2010

Die Architektur-Biennale di Venezia ist die wohl bedeutendste Ausstellung zeitgenössischer Architektur, erklärte Kulturministerin Claudia Schmied bei der Präsentation des Konzepts des Österreich-Beitrags zur Architektur-Biennale 2010. Unter dem Motto „People meet in architecture“ startet die zwölfte Architektur-Biennale am 29. August. „In diesem Jahr wird das erste Mal ein ausländischer Kommissär den Österreich-Beitrag unter dem Motto ‚Austria under construction: Österreichische Architektur in der Welt; Internationale Architektur in Österreich‘ kuratieren“, so Schmied, die den Kommissär



Die Österreich-Ausstellung findet im österreichischen Pavillon statt, der sich bei der Architektur-Biennale in Venedig als Gebäude mit Baugerüsten präsentiert.

sär Eric Owen Moss bewusst gewählt hat, um „einen neuen Blickwinkel einzunehmen“.

## THEMEN DER WOCHE

Wien - Stadt mit der höchsten Lebensqualität

1. Wien
2. Zürich
7. München
10. Sydney
39. London
49. New York

### Lebenswertes Wien

Wien belegt bei der aktuellen internationalen Mercer-Studie 2010 zur Messung der städtischen Lebensqualität zum zweiten Mal in Folge den ersten Platz. „Diese Top-Platzierung bestätigt auch den Wiener Weg als Sozialhauptstadt, als Kulturmétropole und in der Standort- und wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung“, freut sich Bürgermeister Michael Häupl über das ausgezeichnete Abschneiden der SPÖgeführten Bundeshauptstadt.

Quelle: APA/Mercer, Grafik: SPÖ



Bilderbox

Die Freiwilligen Feuerwehren leisten ehrenamtlich wertvolle Dienste für Österreich.

### Freiwillige Feuerwehr: Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sollen künftig mit Zusatzausbildung mit B-Führerschein bis zu 5,5 Tonnen schwere Einsatzfahrzeuge lenken dürfen. Verkehrsministerin Doris Bures will damit gewährleisten, dass es genügend Lenker für die Freiwilligen Feuerwehren gibt. SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl: „Mit diesem Vorschlag, der bereits im Herbst vom Parlament beschlossen werden könnte, wird sowohl die flächendeckende Versorgung Österreichs mit rascher Hilfe als auch die Verkehrssicherheit gewährleistet.“

### Zitat der Woche

„Es spricht alles für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und alles gegen das willkürliche Aussortieren der Kinder mit neun Jahren, durch das soziale Ungleichheiten einzementiert werden.“

Klubobmann Josef Cap

Spiola



Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

### Risikoreiche Fremdwährungskredite für Konsumenten ungeeignet

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier warnt Konsumenten davor, risikoreiche Fremdwährungskredite abzuschließen. Für Maier ist klar, dass „Fremdwährungskredite in dieser Form aufgrund bestehender Risiken für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht geeignet sind“. „Fremdwährungskredite sind Spekulationsgeschäfte, bei denen ungeniert auf Währungen und Devisen spekuliert wird. Wir müssen endlich weg von dieser Zockermanier, hin zu einer seriösen Kultur in diesem Bereich“, so SPÖ-Nationalratsabgeordneter Erwin Kaipel.



# Es ist Zeit für die gemeinsame Schule!

Es geht schon lange nicht mehr darum, was für die gemeinsame Schule spricht. Es geht darum, warum sie noch immer nicht umgesetzt wurde.

**Ö**sterreich musste viel Löschwasser aufwenden, um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst gering zu halten. Was der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung durch aktive Konjunktur- und Kaufkraftstärkung ohne Zweifel gut gelungen ist – wie die Fakten eindrucksvoll beweisen. Immerhin haben wir die zweit niedrigste Arbeitslosigkeit und die zweit geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Kein Grund zu übertriebener Freude, weil jeder Arbeitslose, einer zuviel ist. Allerdings zeigen uns diese Fakten, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Die OECD drängt Österreich seit Jahren in zahlreichen Studien zu einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. International ist dieses Modell längst Standard. Überall in Europa, außer in Deutschland und Österreich, ist es selbstverständlich, dass sich die Ausbildungswege nicht bereits mit 10 Jahren trennen. Längst schon ist unter Experten, Sozialpartnern, Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Industriellenvereinigung, unumstritten, dass sich die frühe Trennung nicht nur auf die soziale Selektion auswirkt, sondern auch Bildungspotenzial ungenutzt lässt. Fest steht: Es ist unmöglich, Kinder bereits im Alter von neun Jahren nach Fertigkeiten und Fähigkeiten einzuteilen. Durch diese frühzeitige Festlegung des Bildungswegs wurde unser Land zum Bildungs-Schlusslicht. Beim Pisa-Test schneidet nur Deutschland, das die Kinder auch mit 10 Jahren trennt, ähnlich schlecht ab wie Österreich. Und auch bei der Akademikerquote hinkt Österreich deutlich hinterher. Nur 17,6 Prozent der Bevölkerung haben einen Universitätsabschluss, in den EU-27 sind es dagegen durchschnittlich 23,9 Prozent. Und das, obwohl die Ausgaben für Bildung in Österreich im EU-Vergleich an der Spitze liegen.

Die Vorteile der gemeinsamen Schule wurden bereits von dem großen Schulreformer

mer Otto Glöckl aufgezeigt, der 1919/20 mit der Einheitsschule die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen als Schulversuch führen ließ. Otto Glöckl war mit seinen bildungspolitischen Vorstellungen und wegweisenden Reformen seiner Zeit voraus. Warum also ist eine moderne Schule, die – nicht nur, aber auch – eine gemeinsame Unterstufe impliziert, noch nicht Realität?

Die gemeinsame Schule wurde aufgrund der ideologischen Blockade der ÖVP – begründet in einem bürgerlich-konservativen Elitendenken – zum bildungspolitischen Ta-



Unter Experten ist unumstritten, dass sich die frühe Trennung nicht nur auf die soziale Selektion auswirkt, sondern auch Bildungspotenzial ungenutzt lässt.

buthema. Die Beibehaltung der frühen Trennung der Schulkinder und der damit verbundenen Entscheidung für den weiteren Lebensweg bereits mit zehn Jahren ist eine Rückschrittlichkeit, der Österreich seit vielen Jahrzehnten ausgeliefert ist – entgegen der pädagogischen Lehrmeinung, den Wünschen der Eltern und den Bedürfnissen der Wirtschaft.

Soweit die Fakten, die allen, die sich derzeit zur gemeinsamen Schule zu Wort mel-

**„Fest steht: Es ist unmöglich, Kinder bereits im Alter von neun Jahren nach Fertigkeiten und Fähigkeiten einzuteilen. Durch diese frühzeitige Festlegung des Bildungswegs wurde unser Land zum Bildungs-Schlusslicht.“**

den, bekannt sein dürften. Warum es trotzdem noch nicht zur Umsetzung der gemeinsamen Schule gekommen ist und sie immer noch – und das seit Jahrzehnten – im Stadium des Schulversuches belassen wird, ist das eigentliche Thema, über das es zu reden gilt. Der Grund dafür ist, dass bisher jeder der zahlreichen Vorstöße der Sozialdemokratie in Richtung gemeinsame Schule an der konservativen Blockadepolitik, allen voran durch die ÖVP-Lehrervertreter, scheiterte. Nach wie vor beharrt die ÖVP darauf, dass die Schulversuche der Neuen Mittelschule erst ausgewertet, evaluiert und diskutiert werden müssen. Seit Jahrzehnten ist das die Methode der Konservativen, um diese so notwendige Reform auf die lange Bank zu schieben. Und es endet immer damit, dass die gemeinsame Schule nicht zur Regelschule wird.

Nun, nachdem sich mit Beatrix Karl erstmals eine ÖVP-Ministerin für die gemeinsame Schule stark gemacht hat, scheint ein Frühlingslüftchen um die verkrusteten ÖVP-Positionen zu wehen. Kaum hat sie aber ihren Vorschlag geäußert, wurde sie von ÖVP-Obmann Pröll, der die ÖVP-Lehrergewerkschaft fürchtet, zurückgepfiffen. Zu hoffen ist, dass die ÖVP ihre ideologische Blockade über Bord wirft und endlich das Beste für die Kinder, anstatt das Beste für ihr Parteiklientel, in den Fokus ihrer Bildungspolitik stellt. Denn es ist Zeit für Gerechtigkeit – es ist Zeit für die gemeinsame Schule! ♦

## LANDTAGSWAHL BURGENLAND

# Am 30. Mai: Rot-Go

Bei der kommenden Landtagswahl geht es darum, klare Verhältnisse zu schaffen. Nur so kann Schwarz-Blau verhindert und der Aufstieg des Burgenlands fortgeführt werden.



SPÖ Burgenland

**10 Jahre erfolgreiche Arbeit für das Burgenland: Am 30. Mai geht es darum, ob die Burgenländerinnen und Burgenländer dem erfolgreichen Landeshauptmann Hans Niessl erneut das Vertrauen aussprechen und klare Verhältnisse wählen.**

## HINTERGRUND

### Hard-Facts zur Landtagswahl

Am 30. Mai wählen 248.712 wahlberechtigte Burgenländerinnen und Burgenländer ihren Landtag.

Zum ersten Mal kann der Landeshauptmann direkt per Vorzugsstimme gewählt werden.

Auch die Briefwahl feiert kommenden Sonntag Premiere bei der Landtagswahl.

**V**om Ziel-1-Gebiet zur Nummer 1: Unter diesem Motto hat das Burgenland in den letzten Jahren eine beachtliche Aufholjagd vollzogen. Untrennbar verknüpft mit diesem Aufschwung ist der Name Hans Niessl. Dem Landeshauptmann und seinem Team ist es gelungen, wertvolle Impulse in den Bereichen Tourismus, Bildung, Wirtschaft und Sicherheit zu setzen. Das Burgenland konnte die Folgen der Wirtschaftskrise erfolgreich abfedern – als erstes Bundesland schaffte es die Trendwende am Arbeitsmarkt. Mit der höchsten Maturantenquote – 46 Prozent

der 18- bis 19-Jährigen maturieren – und den bestausgebildeten Lehrlingen ist das Burgenland in vielen Bereichen auch „Bildungsland Nummer 1“.

### Sicherheit – Ein Zukunftsthema

Auch beim Thema Sicherheit liegen die Kompetenzen im Burgenland klar bei der Sozialdemokratie. Um hohe Lebensqualität bieten zu können, müssen sich die Menschen in ihrem Heimatort sicher fühlen können. Im Rettungswesen und bei der Feuerwehr ist das Burgenland bereits

# Id für den Aufstieg

## INTERVIEW

## „Klare Verhältnisse für den Aufstieg des Burgenlands“

Landeshauptmann Hans Niessl im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die bevorstehende Landtagswahl, den Aufstieg des Burgenlands und warum es klare Verhältnisse braucht, um diesen fortzusetzen.

*„SPÖ Aktuell“: Herr Landeshauptmann, Sie treten zum dritten Mal als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl an. Wie bewerten Sie die Entwicklung des Burgenlandes in den vergangenen Jahren?*

**Hans Niessl:** Wir Burgenländerinnen und Burgenländer können stolz darauf sein, wie sich unser Heimatland entwickelt hat. Waren wir einst Schlusslicht, so nehmen wir heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein. Wir haben – in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit – als erstes Bundesland die Trendwende am

Arbeitsmarkt geschafft. Seit dem Jahr 2000 gibt es um 10.000 Arbeitsplätze mehr im Land, die Erwerbsquote der Frauen ist auf 70 Prozent gestiegen. Das Burgenland ist heute auch das Bildungsland Nummer 1 und wir haben auch die besten Lehrlinge. Und ich könnte noch viele andere Bereiche nennen. Das ist eine große gemeinsame Leistung.

*Welche Perspektiven sehen Sie für das Burgenland?*

**Niessl:** Wir Burgenländer haben viel erreicht, und ich will den Aufstieg fortsetzen. Vom Ziel-1-Gebiet zur Nummer 1 mit 100.000 guten Arbeitsplätzen, auch mit besseren Chancen für die Frauen am Arbeitsmarkt. In den nächsten Jahren stehen zum Beispiel 50 Millionen Euro für Innovation, Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Wichtig ist auch eine noch bessere Bildung. Jeder Ju-



Landeshauptmann Hans Niessl: „Es braucht klare Verhältnisse, um den weiteren Aufstieg des Burgenlands zu ermöglichen.“

gendliche muss die Chance auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben. Und ich will auch mehr Sicherheit für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Das Burgenland soll in allen Bereichen ein „Sicherfühl-Land“ sein. Ein nächster Punkt: Wir werden in den nächsten Jahren 150 Millionen Euro für den Ausbau der Spitäler in die Hand nehmen. Ich bin davon überzeugt: Durch klare Verhältnisse können wir die erfolgreiche Entwicklung des Landes fortsetzen.

*Apropos Geld: Von der ÖVP hört man, dass die Kosten der Finanzkrise zu einem großen Teil durch eine Erhöhung der Massensteuern – z.B. Mineralölsteuer – gedeckt werden sollen. Was halten Sie davon?*

**Niessl:** Eine ganz klare Antwort: Davon halte ich gar nichts. Die Bezieher kleiner

und mittlerer Einkommen können nichts für die Krise, daher dürfen sie jetzt nicht zur Kasse gebeten werden. Zuerst müssen die Banken und Spekulanten zur Verantwortung gezogen werden. Sie haben die Krise maßgeblich verursacht, jetzt sollen sie auch einen Beitrag leisten. Ich lehne eine Erhöhung der Mineralölsteuer ab, ich fordere Fairness für die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler.

*Ihr Ziel für den 30. Mai?*

**Niessl:** Wir Burgenländer brauchen weiterhin klare Verhältnisse, und ich lade alle Burgenländerinnen und Burgenländer ein: Gehen Sie zur Wahl, stimmen Sie für Rot-Gold statt Schwarz-Blau. Es geht um den Landeshauptmann, erstmalig kann der Landeshauptmann mit Vorzugsstimme gewählt werden. Ich trete an, weil ich weitere fünf Jahre für unser Land arbeiten möchte. Ich bitte die Burgenländerinnen und Burgenländer um Ihr Vertrauen, damit der Aufstieg fortgesetzt werden kann.

*Wie würde die Alternative zu klaren Verhältnissen und zu einem Landeshauptmann Hans Niessl aussehen?*

**Niessl:** Das wäre Schwarz-Blau. In Kärnten gibt es Schwarz-Blau, und wir haben gesehen, was das für das Land bedeutet. Ich bin davon überzeugt: Wenn sich Schwarz-Blau ausgeht, dann kommt Schwarz-Blau. Verhindert werden kann das nur, wenn der 30. Mai klare Verhältnisse bringt. ♦

sehr gut aufgestellt. „Jeder kann sich sicher sein, dass die Blaulichtorganisationen innerhalb weniger Minuten vor Ort sind“, unterstreicht Landeshauptmann Niessl. Nachholbedarf gibt es jedoch bei der Polizei. Es fehlen bereits jetzt 300 Po-

lizistellen und laut Prognosen wird der Bedarf noch steigen. Für den Mangel an Exekutivbeamten ist Innenministerin Fekter verantwortlich. Während das ÖVP-regierte Niederösterreich 170 zusätzliche Dienstposten erhalten hat, werden die ro-

ten Bundesländer Wien und Burgenland sicherheitspolitisch ausgehungert. Besonders fatale und weitreichende Auswirkungen hat dieser Umstand im Burgenland, das auch als „Sicherheitsdienstleister“ für andere Bundesländer und Bal-

**„Wir Burgenländer können stolz darauf sein, wie sich unser Heimatland entwickelt hat. Waren wir einst Schlusslicht, so nehmen wir heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein.“**

**Hans Niessl**

lungsräume fungiert. Solange Innenministerin Fekter ihrer Verpflichtung nicht nachkommt und ausreichend Polizistinnen und Polizisten für den Grenzraum zur Verfügung stellt, spricht sich Landeshauptmann Niessl für die Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres aus, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Unterstützt wird er dabei von Verteidigungsminister Norbert Darabos – ebenfalls Burgenländer –, der auf die beachtliche Erfolgsbilanz des Einsatzes verweist: „Seit dem Jahr 2008 wurde in mehr als 1.800 Fällen die Polizei alarmiert und die Exekutive hat über 300 Mal die Unterstützung des Bundesheeres an-



**Die Innenministerin verweigert 300 zusätzliche Polizisten für das Burgenland. Darum macht sich Landeshauptmann Niessl für die Fortführung des Assistenzeinsatzes stark.**



SPÖ Burgenland

**Dank erfolgreichen Impulsen in den Bereichen Tourismus, Forschung und Infrastruktur schaffte das Burgenland als erstes Bundesland die Trendwende am Arbeitsmarkt.**

gefordert. Der Assistenzeinsatz ist eine Erfolgsgeschichte.“

### Schwarz-Blau verhindern

Mit demselben Elan, mit dem Hans Niessl und sein Team die letzten zehn Jahre für das Burgenland gearbeitet haben, wirbt er nun erneut um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Es steht viel auf dem Spiel, Schwarz-Blau gilt als ausgemachte Sache, wenn die SPÖ die absolute Mehrheit verliert. „Verhindert werden kann das nur, wenn der 30. Mai klare Verhältnisse bringt“, ist sich der amtierende Landeshauptmann sicher. Dass die ÖVP es nicht gut mit dem Burgenland meint, hat sie in den letzten Wochen eindrucksvoll demonstriert. Man erinnere sich nur an die beispiellose „Drüberfah“-Mentalität, die VP-Innenministerin Fekter in der Causa Eberau an den Tag gelegt hat. Gemeinsam mit Fekters Weigerung, zusätzliche Polizisten für den Grenzraum bereitzustellen, kommt man nicht umhin, von einen „Feldzug“ gegen

SPÖ Burgenland

**„Ich trete an, weil ich weitere fünf Jahre für unser Land arbeiten möchte. Ich bitte die Burgenländer um ihr Vertrauen, damit der Aufstieg fortgesetzt werden kann.“**

**Hans Niessl**

das östlichste Bundesland zu sprechen. Am 30. Mai geht es daher um eine Grundsatzentscheidung: Soll der beeindruckende Aufstieg des Burgenlands fortgeführt werden, oder soll Schwarz-Blau regieren?

### Fixplatz für SPÖ-Jugendkandidaten

Die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen haben nach der kommenden Landtagswahl einen fixen Sprecher im burgenländischen Landtag. Für diese „Stimme für die Jugend“ vergibt die SPÖ Burgenland einen Fixplatz. Für den Jugendkandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen auf Wahlkreisebene ist das letzte SPÖ-Fixmandat reserviert und zwar „egal wie die Wahl ausgeht“, versichert SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich. ♦



„Landeshauptmann Hans Niessl und sein Team haben in den letzten zehn Jahren eine Menge erreicht. Das Burgenland ist in vielen Bereichen zur Nummer

1 aufgestiegen. Wichtig ist, dass auch nach dieser Wahl klare Verhältnisse herrschen. Dann ist nämlich garantiert, dass der erfolgreiche Weg für das Burgenland fortgesetzt wird.“

Verteidigungs- und Sportminister  
**Norbert Darabos**



„Mit einer starken SPÖ unter Hans Niessl hat sich das Burgenland überaus erfolgreich entwickelt: Ob Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, Infrastruktur, Bildungsbereich oder Tourismus – wir haben in den letzten Jahrzehnten einen enormen Aufholprozess gestartet. Diesen erfolgreichen Weg in die Zukunft werden wir weiter gehen – daher am 30. Mai 2010: SPÖ“

Nationalratsabgeordneter, **Gerhad Steier**  
Bürgermeister der burgenländischen  
Gemeinde Siegendorf



„Hans Niessl ist ein Garant für die positive Weiterentwicklung des Landes. Unter Niessl bleibt das Burgenland sicher und lebenswert.“

Nationalratsabgeordneter, **Erwin Kaipel**  
Bürgermeister der burgenländischen  
Gemeinde Riedlingsdorf

Fotos: SPÖ Burgenland

## FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

# ÖVP fährt Zick-Zack-Kurs

Während die SPÖ eine klare Position zur Finanztransaktionssteuer vertritt gibt es innerhalb der ÖVP unterschiedliche Meinungen. Ein undurchschaubarer Zick-Zack-Kurs ist die Folge.



Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde ein Volksbegehren für eine „Spekulantensteuer“ unterschreiben.

Innerhalb der ÖVP gibt es inzwischen die unterschiedlichsten Meinungen zum Thema Finanztransaktionssteuer und die Volkspartei fährt bereits seit mehreren Tagen einen Zick-Zack-Kurs. „Die

Bildbox Beteiligten der ÖVP widersprechen sich nicht nur gegenseitig, sie widersprechen sich neuerdings sogar selbst“, verweist SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas auf entsprechende Aussagen von ÖVP-Finanzsprecher Stummvoll zu der Finanztransaktionssteuer. So sagte Stummvoll Mitte Mai im Kurier: „Natürlich wäre eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene gescheitert, aber wenn das nicht geht, sollte das Österreich allein machen.“ Diese

Woche erfolgte ein Meinungsumschwung des ÖVP-Finanzsprechers: „Außerdem steht für die ÖVP fest, dass ein Alleingang Österreichs den Wirtschaftsstandort Österreich gefährden würde.“

## Pröll soll für klare ÖVP-Linie sorgen

Die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin fordert ÖVP-Obmann Pröll dazu auf, „endlich für eine klare Linie innerhalb der ÖVP“ zu sorgen. Auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer attestiert Stummvoll, dass er in der Frage der Finanztransaktionssteuer „völlig unglaublich“ agiert. „Die Frage ist, ob die ÖVP nach wie vor zu ihrem Beschluss zur Transaktionssteuer steht“, sagt Krainer. Und weiter: „Ich erwarte mir, dass sich die ÖVP daran hält.“ Der SPÖ-Finanzsprecher betont, dass die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sei: „73 Prozent der Bevölkerung würden ein Volksbegehren für eine ‚Spekulantensteuer‘ unterschreiben.“ ♦

## STUEBERBETRUG

## In Prölls Plänen gibt es viele Lücken

Die Pläne von Finanzminister Pröll gegen den Steuerbetrug werden von SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer als „bemüht“ bezeichnet. Es gibt aber noch einige fehlende Punkte.

Es ist erfreulich, dass Finanzminister Pröll gegen den Steuerbetrug vorgehen will und die entsprechenden Maßnahmen, die Schwarz-Blau gesetzt hat, um Steuerflucht und -hinterziehung zu erleichtern, korrigieren möchte“, sagte Krainer zu den vom Finanzminister vorgebrachten Plänen. Er betont: „Es scheint so, als möchte der Minister mit einem Dogma der Schlüssel-Grasser-Jahre brechen und die Finanz wieder als Anwalt aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auftreten lassen und nicht mehr nur jener Unternehmer, die möglichst Abgaben vermeiden wollen.“

### Maßnahmenpaket ist lückenhaft

Es gibt allerdings noch einige Lücken bei

den geplanten Maßnahmen, betont Krainer. „Ich vermisse, dass Pröll nicht auf das Thema ‚Steuern bei Aktiengewinnen innerhalb der Spekulationsfrist‘ eingegangen ist. Laut Steuerberatern werden zwischen 80 und 90 Prozent der Aktiengewinne, die innerhalb der Spekulationsfrist erzielt werden, nicht versteuert. Mich interessiert, wie der Finanzminister hier vorgehen will“, so Krainer. Er bekräftigte darüber hinaus die Forderung nach Streichung der Spekulationsfrist.

Krainer kritisiert weiters, dass Pröll die Verjährungsfrist bei Steuerhinterziehung nicht ändern möchte, die unter Schwarz-Blau verkürzt wurde. Krainer appelliert: „Der Finanzminister soll die Frist wieder erhöhen.“ Der SPÖ-Finanzsprecher erwartet



Spiola

SPÖ-Finanzsprecher Krainer erwartet sich, dass die ÖVP so rasch wie möglich konkrete Pläne gegen den Steuerbetrug auf den Tisch legt. Die SPÖ hat es schon vor zwei Monaten getan.

sich, dass so rasch wie möglich konkrete Pläne dargelegt werden, um darüber verhandeln zu können. Die SPÖ hat ihre Pläne bereits vor zwei Monaten auf den Tisch gelegt, betont Krainer. ♦

## BILDUNG

# Kampf um Ausbau der gemei

Die ideologische Blockade der ÖVP hinsichtlich der gemeinsamen Schule scheint langsam zu bröckeln. Die SPÖ und Bildungsministerin Claudia Schmied werden auch in Zukunft hartnäckig am Ausbau der gemeinsamen Schule festhalten.

**„Ich freue mich, dass wir mit kom-  
mendem Schuljahr insgesamt 320  
Neue Mittelschulen mit rund 1.650  
Klassen und rund 35.000 Schülerin-  
nen und Schülern in ganz Österreich  
haben werden. Die Erfolgsgeschichte  
der Neuen Mittelschule wird  
weitergehen“**

**Bildungsministerin Claudia Schmied**

**D**ie Neue Mittelschule stellt den Kern eines zeitgemäßen Schul- und Bildungssystems der 10- bis 14-Jährigen dar“, so die Bildungsministerin, die unterstreicht: „Sie verwirklicht moderne pädagogische Konzepte und gestaltet eine neue gemeinsame Lernkultur.“ Aus diesem Grund zeigt sich Schmied besonders erfreut über die Wende von Wissenschaftsministerin Karl, hinsichtlich der gemeinsamen Schule: „Jetzt ist eine neue Dynamik in der Bildungsdiskussion da.“ Auch wenn Finanzminister Pröll und Außenminister Spindelegger einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen sofort eine klare Absage erteilten, so be-

## HINTERGRUND

### Österreich ist Schlusslicht bei der Gemeinsamen Schule

#### Gemeinsamer Unterricht:

- » Österreich und Deutschland bis zehn Jahre
- » Ungarn, Slowakei, Tschechien bis 11 Jahre
- » Niederlande, Belgien bis 12 Jahre
- » Luxemburg bis 13 Jahre
- » Italien, Litauen, Malta, Bulgarien bis 14 Jahre
- » Frankreich, Portugal, Irland, Rumänien, Griechenland bis 15 Jahre
- » Schweden, Finnland, Großbritannien, Spanien bis 16 Jahre



Fotolia

**Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass in Österreich dringender Nachholbedarf hinsichtlich der gemeinsamer Schule besteht. Das Ziel der SPÖ-Bildungspolitik ist, bestmögliche Schulen und eine bestmögliche Ausbildung für unsere Kinder zu garantieren.**

wegen sich dennoch konstruktive Kräfte in Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung in Richtung gemeinsamer Schule.

„Die Fassade der ideologischen Blockade der ÖVP scheint zu bröckeln“, so Schmied. Sie betont: „Das Projekt gemeinsame

# nsamen Schule geht weiter



Bildungsministerin Claudia Schmied zu Besuch in einer Neuen Mittelschule im 2. Bezirk in Wien



Hochmuth

Schule für alle 10- bis 14-Jährigen sei „die Chance für die Koalition, diese große Weichenstellung im Bildungsbereich jetzt gemeinsam vorzunehmen“.

## Die Neue Mittelschule – ein Meilenstein der Schulreform

Für Österreich ist die Neue Mittelschule eine Innovation. International ist diese Form des Unterrichtens seit Jahren bestens erprobt und ihr Erfolg spricht durch Spitzenpositionen in internationalen Vergleichstests für sich. In Ländern wie Schweden, Finnland oder Großbritannien werden Schüler bis ins Alter von 16 Jahren gemeinsam unterrichtet. „Durch die Verwirklichung der Neuen Mittelschule an mittlerweile 244 Standorten in ganz Österreich sind wir nun auch unterwegs zum internationalen Spitzenfeld in Sachen Schulbildung“, so die Bildungsministerin. Zahlreiche Eltern haben der Neuen Mittelschule seit Herbst 2008 ihr Vertrauen geschenkt und ihre Kinder in einer Pilot-schule angemeldet. Kein Leistungsdruck, kein Stress, sondern viel Platz und Raum für Entwicklung, Talente und Begabungen. Dies alles sind nur wenige Vorteile der gemeinsamen Schule. Der Leistungsdruck der Schülerinnen und Schüler ist in der vierten Klasse Volksschule in den meisten Fällen enorm groß, denn Bildungswegentscheidungen stehen unmittelbar bevor. Die Neue Mittelschule steht nicht für eine frühe Selektion oder leichtfertig getroffene Entscheidungen hinsichtlich der künftigen Ausbildung, sondern für genügend Zeit, in weiteren vier Jahren seine Talente und Interessen zu entdecken, bevor eine Entscheidung über die weitere Schullaufbahn getroffen werden muss.

## Vorteile der Neuen Mittelschule

„Individuelles Fördern ist der Leitgedanke der Neuen Mittelschule“, erklärt die Bildungsministerin.

- ▶ In der Neuen Mittelschule stehen die Kinder im Zentrum des Unterrichtsgeschehens. Um erfolgreich und nachhaltig zu lernen, muss Schule Freude machen.
- ▶ Neue Unterrichtsformen und neue pädagogische Konzepte machen Lernen zum Erlebnis. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten projektorientiert und in Kleingruppen ihr Wissen selbst und werden so zur Selbstständigkeit und Eigeninitiative erzogen.
- ▶ Individuelle Zuwendung und individuelles Fördern sind die Säulen dieser gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Ziel ist es, auf jeden Schüler und dessen persönliche Begabungen einzugehen und so Spitzenleistungen zu ermöglichen.

## Entwicklungsbegleitung der Neuen Mittelschule

Der Unterricht orientiert sich an den Bildungsstandards, eine Maßnahme, die zu Qualitätssicherung und verstärkter Feedbackkultur an den Standorten beiträgt. Für den gesamten Entwicklungszeitraum werden die Standorte vom BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens) wissenschaftlich begleitet und evaluiert. „Kooperation auf allen Systemebenen regt die Entwicklung der Neuen Mittelschule an und hebt gemeinsame Erkenntnisse hervor, um miteinander den nächsten Schritt zu setzen“, so die Bildungsministerin. ♦

„Die Neue Mittelschule ist eine Schule, die Kindern Freude am Lernen machen soll. Individuelle Zuwendung und Fördern sind die Säulen dieser gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Ziel ist es, auf jede Schülerin, jeden Schüler und deren persönliche Begabungen einzugehen und so Spitzenleistung zu ermöglichen.“

Bildungsministerin **Claudia Schmied**

ITV Red



„Das völlig willkürliche Aussondern der Neun-Jährigen muss endlich ein Ende haben. Es soll für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Chancengleichheit herrschen.“

SPÖ-Bildungssprecher **Elmar Mayer**

SPÖ Klub



„Es ist höchste Zeit, die Selektion in der letzten Klasse der Volksschule endlich abzuschaffen. Bereits im Kindesalter entscheiden zu müssen, welchen weiterführenden Schultyp ein Kind besuchen wird, ist nicht mehr zeitgemäß.“

Bundesgeschäftsführerin **Laura Rudas**

SPÖ



„Mit einem bloßen Hauptschulupgrade sind die Missstände im Bildungssystem nicht beseitigt. Unterschiedlichen Stärken und Schwächen muss gezielt im gemeinsamen Klassenverband begegnet werden. Das Schulsystem muss also grundlegend überarbeitet werden, Elitenklassen und selektiven Systemen darf kein Platz gegeben werden.“

Bundesvorsitzende der AKS  
**Iris Schwarzenbacher**

privat



## AUSBILDUNG

# Mehr Mitbestimmung für 10.000 Jugendliche

Mit der Novelle zum Berufsausbildungsgesetz werden Jugendlichen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten mehr Rechte eingeräumt.

**B**isher gab es, anders als in Betrieben, in überbetrieblichen Lehrwerkstätten keine Interessensvertretung für Lehrlinge. „Für junge Menschen, die sich in ihrer Berufsausbildung befinden, ist es aber wichtig und notwendig, dass sie auch ein Sprachrohr für ihre Interessen erhalten“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Durch die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz, die letzte Woche im Nationalrat beschlossen wurde, erhalten 10.000 Jugendliche, die ihre Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten absolvieren, mehr Rechte auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Weiters wird durch eine vereinfachte Anrechnung von Ausbildungszeiten im Ausland die Mobilität von Lehrlingen verbessert.

SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger begrüßt die neue Regelung: „Mitbestim-

mung von Jugendlichen an ihren Ausbildungsstätten ist wesentlich für die Qualität der Ausbildung und ein Zeichen für die Bedeutung von Partizipation junger Menschen.“ Neben 10.000 Jugendlichen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten profitieren besonders Jugendliche mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf vom neuen Berufsausbildungsgesetz, freut sich SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig: „Die Verbesserungen bei der integrativen Berufsausbildung erweitern die Ausbildungschancen von Jugendlichen, die auf dem Weg zu einem



Fotolia

**Durch die Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) erhalten nun endlich auch Lehrlinge in überbetrieblichen Lehrwerkstätten das Recht auf einen Interessensvertreter.**

selbstbestimmten Leben von großer Bedeutung sind.“ ♦

## ARBEITSRECHT

### Neues modernes Hausbesorgergesetz

Sozialminister Rudolf Hundstorfer setzt sich für eine Wiedereinführung des im Jahr 2000 unter Schwarz-Blau abgeschafften Berufsstands des Hausbesorgers ein.



**Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Durch die Wiedereinführung der Hausmeister, erhalten die Hausparteien wieder eine Ansprechperson für ihre Anliegen.“**

„Ein Hausbesorger übernimmt nicht nur kleinere Reparaturen, er vermittelt auch häufig bei Konflikten innerhalb der Hausgemeinschaft und sorgt für ein Sicherheitsgefühl bei den Bewohnern“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Wichtigkeit von Hausbesorgern für die Wohnqualität. Der „neue Hausmeister“ wird eine normale 40-Stunden-Woche, keinen Rechtsanspruch auf eine Dienstwohnung und keinen besonderen Kündigungsschutz haben. Außerdem können die Mieter die Anstellung eines Hausmeisters ablehnen, wenn dadurch die Betriebskosten zu stark steigen würden. ♦

**A**b 2011 soll es in Österreichs Wohnsiedlungen wieder Hausmeister geben. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat den Gesetzesentwurf für das geplante neue Hausbesorgergesetz bereits in Begutachtung geschickt. „Ein Hausbesorger übernimmt nicht nur kleinere Reparaturen, er vermittelt auch häufig bei Konflikten innerhalb der Hausgemeinschaft und sorgt für ein Sicherheits-

## PRODUKTPIRATERIE

### Gemeinsames Vorgehen notwendig

Gefälschte Produkte bergen große Gefahren. Nur wenn gemeinsam dagegen vorgegangen wird, kann dieser Missstand bekämpft werden.



**SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder mit gefälschten Produkten.**

von gefälschten Arzneimitteln steigt von Jahr zu Jahr.“ Finanzstaatssekretär Andreas Schieder betonte: „Die österreichischen Zöllnerinnen und Zöllner leisten eine ausgezeichnete Arbeit im Kampf gegen gefälschte Produkte.“ Allein 2009 wurden 416.263 gefälschte Artikel entdeckt. Diese Waren hätten einen Wert von mehr als 16 Millionen Euro, wenn es sich um Originalwaren handeln würde. ♦

**G**egen die Produktpiraterie und gefälschte Arzneimittel kann nur durch internationale Zusammenarbeit vorgegangen werden“, ist SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier überzeugt. Um die Gefahren von imitierten Arzneimitteln, Getränken und Co zu verdeutlichen, initiierte er eine Präsentation im Parlament. Maier betonte: „Die Gefahr

## Wirtschaft

**Ende und Zukunft der Weltwirtschaft**

Niemand hat die Weltwirtschaftskrise so klar vorhergesehen wie Roubini. Er zeigt in dem Buch den Weg in eine krisenfreie Zukunft.

Wie mit prophetischen Gaben ausgestattet, hat Nouriel Roubini schon frühzeitig vor den Gefahren eines Immobilienmarkts gewarnt, der zum Spielball von Börsenspekulationen verkommen ist. Er war es auch, der am treffsichersten die verheerenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten im Gefolge des Zusammenbruchs der großen Investmentbanken vorhergesagt hat. Auf dem Höhepunkt der Krise wäre der US-Nationalökonom seinem Ruf nicht gerecht geworden, hätte er in sei-

nem neuesten Werk etwas Geringeres als das Ende der Weltwirtschaft ausgerufen. Denn während Politiker und Staatsmänner Zuversicht und Optimismus verbreiten, geißelt er derartige Attitüden als unverantwortlichen „Nonsens“. Seine Forderungen eines groß angelegten Umbaus des internationalen Finanzsystems, der auch vor radikalen Einschnitten in den Bankensektor bis hin zu Verstaatlichungen nicht zurückschreckt, betrachtet Roubini als Ausdruck eines gesunden Realismus. ♦

☐ ..... Stk.


N. Roubini, S. Mihm:  
**Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft.**  
Campus Verlag, Frankfurt/Main  
2010; 470 S., 25,60 €

## Menschenrechte

**Die unerhörte Wahrheit**

Die ehemalige Amnesty-Generalsekretärin Irene Kahn liefert Argumente für die Vorrangstellung der Menschenrechte.

Rockstars, Politiker, NGOs, Entwicklungshilfeorganisationen: Alle wollen Armut bekämpfen, und trotzdem leben immer noch eine Milliarde Menschen von weniger als einem Dollar am Tag. Damit Armut keine immerwährende globale Epidemie bleibt, fordert die ehemalige Generalsekretärin von Amnesty International Irene Khan eine neue Sicht der Dinge. Anhand gezielt ausgesuchter Fallbeispiele, belegt mit Analysen und unterfüttert mit persönlichen Erfahrungen, plä-

diert sie dafür, Armut endlich nicht mehr als rein ökonomisches Problem zu sehen, dem man nur mittels Spenden, neuen Technologien oder Investitionen begegnen kann, sondern als eine eindeutige Verletzung der Menschenrechte. Nur wenn wir den Armen die einfachsten Grundrechte zugestehen und sie selbst über ihr Leben bestimmen lassen, werden wir auch die Armut besiegen und allen Menschen Freiheit und Würde geben können. ♦

☐ ..... Stk.


Irene Kahn:  
**Die unerhörte Wahrheit – Armut und Menschenrechte**  
Fischer Verlag, Frankfurt/Main  
2010; 319 S., 23,60 €

## Kapitalismus

**Ihr kriegt mich nicht klein**

Ulrike Schramm-de Robertis ist eine von weniger als zehn Betriebsräten in den über 3.000 deutschen Lidl-Filialen. Sie macht Mut zum Kampf um faire Arbeitsbedingungen.

Hauptsache billig – dieses Motto von Lidl und anderen Discountern gilt nicht nur für die Produkte, sondern auch für den Umgang mit ihren Mitarbeitern. Unbezahlte Überstunden, ungeheurer Arbeitsdruck und Willkür von Vorgesetzten gehören zum Alltag. Setzen sich Beschäftigte dagegen zur Wehr – zum Beispiel durch die Gründung von Betriebsräten –, ist systematische Einschüchterung und Psychoterror die Reaktion. Dies musste auch Ulrike Schramm-

de Robertis erleben, als sie in einer Lidl-Filiale die Wahl einer Beschäftigtenvertretung initiierte. Doch sie blieb standhaft. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen setzte sie sich schließlich durch. Dieses Buch soll Mut machen. Es zeigt, wie einfache Angestellte gegen einen scheinbar allmächtigen Großkonzern bestehen können. Dabei will sie nichts anderes als ihr Recht auf faire Arbeitsbedingungen, freie Meinungsäußerung und die Wahl eines Betriebsrats. ♦

☐ ..... Stk.


Ulrike Schramm-de Robertis:  
**Ihr kriegt mich nicht klein!**  
Verlag Kiepenheuer&Witsch,  
Köln 2010;  
205 S., 8,20 €

Unterschrift: .....

Adresse: .....

Name: .....

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: [Buchhandlung@spoe.at](mailto:Buchhandlung@spoe.at)

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



## STEIERMARK

# Maßnahmen-Offensive für steirische Jugend



Landeshauptmann Franz Voves hat sich in den vergangenen Jahren für Kinder und Jugendliche in der Steiermark stark gemacht und eine Vielzahl von erfolgreichen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Bildungspolitische Pionierarbeit wurde in der Steiermark zum Beispiel im Bereich der Neuen Mittelschule geleistet. „Die Steiermark ist hier mit 35 Standorten, 131 Klassen und rund 3.000 Schülerinnen und Schülern das absolute Vorzeigeland Österreichs“, ist Voves erfreut. Auch wurde in der Steiermark der Gratis-Kindergarten bereits realisiert. Finanzielle Entlastung für jene, die es wirklich brauchen, brachte auch die Abschaffung der Studiengebühren an den landeseigenen Fachhochschulen.

**LH Franz Voves hat für die steirische Jugend sehr viel durchgesetzt.**



SPÖ Steiermark

## Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche

Und auch in Sachen Jugendbeschäftigung wurden zahlreiche nachhaltige Akzente gesetzt: „Mit der Initiative JOB CONNECT haben wir der steirischen Jugend eine Unterstützung zur Gewinnung eines Arbeitsplatzes gegeben, die die Chance auf einen langfristigen Job für rund 1.000 Jugendliche erhöht“, so Voves. Die überbetriebliche Lehrausbildung garantiert weiters jedem jungen Menschen in der Steiermark einen Ausbildungsplatz. Und für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf werden insgesamt vier Produktionsschulen errichtet. Damit werden bis Ende 2011 weitere rund 450 Jugendliche in Beschäftigung bzw. Ausbildung gebracht. „Mit dieser Vielzahl an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten geht die Steiermark beschäftigungspolitisch in die Offensive“, so der Landeshauptmann. ♦

## WIEN

# Landesparteitag 2010: SPÖ Wien lädt alle Mitglieder ein!



Unter dem Motto „Für Wien – wir machen's“ findet am Samstag der 65. Landesparteitag der Wiener SPÖ statt.

Beim Landesparteitag der SPÖ Wien werden Konzepte und Lösungen für die Anliegen der Wienerinnen und Wiener präsentiert. Referate von SPÖ-Vorsitzendem Bundeskanzler Werner Faymann und dem Vorsitzenden der SPÖ Wien, Bürgermeister Michael Häupl, stehen neben der Behandlung von Anträgen auch Resolutionen auf der Tagesordnung. Die Organisationen und Referate der Wiener SPÖ bekommen die Gelegenheit, ihre vielfältigen Tätigkeitsfelder zu präsentieren. Ein Novum des heurigen Jahres ist die Verleihung des „Robert-Danneberg-Preises“. Mit diesem Preis werden die wichtige Basisarbeit sowie die Initiativen von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt und gefördert. Der Parteitag findet am 29. Mai 2010 ab 9 Uhr in der Messe Wien (Halle D) statt. ♦

**FÜR WIEN  
WIR MACHEN'S** **SPÖ**

## RED BIKER

# On the Road again



Von 3. bis 6. Juni findet das zweite Red Biker Bundestreffen in Maria Lankovits auf der Freizeitsinsel Piberstein in der Steiermark statt.

Die Red Biker, die Interessenvertretung der Motorrad- und Mopedfahrer starten ihr mehrtätiges Treffen mit einer Bezirksrundfahrt. Auf dem Programm stehen auch drei geführte Touren durch die Steiermark, Live-Musik und steririsches Buffet. Die Anmeldung ist noch bis 31. Mai unter 0664-80 78 32 20 möglich. Nähere Infos sind unter [www.redbiker.at](http://www.redbiker.at) zu finden. Zum Verein gehören 600 Mitglieder, die einmal pro Jahr zu einem Bundestreffen zusammenkommen. Empfangen werden die Teilnehmer vom Bundesobmann der Red Biker, dem Ex-Sozialminister Erwin Buchinger, Landesobmann Kurt Flecker und von Bürgermeister Wilhelm Zagler. ♦



**Den Red Bikern geht es nicht nur um das Herantragen von Anliegen der Biker an die Öffentlichkeit, sondern auch um gemeinsame Ausfahrten und Veranstaltungen.**

## KÄRNTEN

## Kaiser begrüßt Vorstoß von Ministerin Karl zur gemeinsamen Schule



„Zukunftsorientierte ÖVP-Bildungspolitik = SPÖ + Jahre“ – unter dieser Formel fasst der Vorsitzende der SPÖ-Kärnten, LHStv. Peter Kaiser die aktuelle Entwicklung bei der bisher nur als Bildungsverhinderer aufgefallenen ÖVP zusammen.

Kaiser nutzte den Kärnten-Besuch von Bildungsministerin Claudia Schmied anlässlich der Landeshauptleutekonferenz, um gemeinsam mit ihr die bildungspolitischen Lebenszeichen in der ÖVP zu nutzen. Dabei waren auch SLÖ-Landesvorsitzender Hermann Pansi, Vizelandesschulratspräsident Rudolph Altersberger und Stefan Sandrieser (SLÖ) dabei. „Der Vorstoß von VP-Ministerin Karl ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Jetzt heißt es, den Schulversuch der Neuen Mittelschule dem Bedarf entsprechend auszuweiten. Lang-



**Bildungsministerin Claudia Schmied und LHStv. Peter Kaiser sind sich einig: Die Neue Mittelschule muss ausgeweitet werden, die Ganztagschule forciert werden.**

fristiges Ziel muss eine gemeinsame Ganztageschule der 10- bis 14-Jährigen sein“, stellt Kaiser fest und erneuert die zentrale Forderung der SPÖ: „Unabhängigbar notwendig dazu ist die gemein-

same universitäre Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen.“ Gesprächsthema mit Schmied war auch die parteipolitische missbräuchliche Ausnutzung seiner Position als Bildungsreferent durch FPK-Obmann Uwe Scheuch. „Nach seinen Anschlägen auf die Bildungsqualität durch Schließung von Klassen und Schulen sowie die Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahlen, glänzt der Herr Bildungsreferent neuerdings durch eine Promotionkampagne, bei der er jede Berufs-, Haupt- und Polytechnische Schule dazu verdonnert, riesige Plakate mit seinem Konterfei zur Bewerbung seines i-Pad-Gewinnspiels aufzuhängen“, kritisiert Kaiser und fordert die sofortige Einstellung dieses Missbrauchs. ♦

## TIROL

## Mit gefördertem Wohnbau hohen Mietkosten entgegenwirken



„Die Studie der Immobilienplattform immobilien.net beweist, wie wichtig das Regulatorisch Wohnbauförderung ist“, betont SPÖ-Wohnbaureferent LHStv Hannes Gschwentner.

Die eklatant hohen Miet- und Kaufkosten aus der Studie beziehen sich auf frei finanzierte Objekte. Diesen kann nur mit günstigen Angeboten aus dem geförderten Wohnbau entgegengewirkt werden. „Aus diesem Grund werde ich als Wohnbaureferent die angemessenen Grund- und Baukosten nicht erhöhen, um die Preisspirale nicht nach oben zu drehen. Genau hier muss angesetzt werden, um auf die Kostenbremse zu treten“, ist Gschwentner überzeugt.

### Gemeinden sind gefordert

„Die Gemeinden haben es in der Hand,



Begleitet

**Mehr Angebot an geförderten Wohnungen verringert die Preise am frei finanzierten Markt.**

durch Raumordnungspolitik und Beteiligung am Grundstücksmarkt Bauflächen zu einem vertretbaren Preis dem geförderten Wohnbau zur Verfügung zu stellen. Dies wirkt preisdämpfend und schafft zusätzlichen leistbaren Wohnraum“, erläutert Gschwentner. Die Folge:

Mehr Angebot an geförderten Wohnungen verringert die Preise am frei finanzierten Markt. „Nur in Zusammenarbeit von Gemeinden, den Bauträgern und dem Land Tirol lässt sich das Wohnen in unserem Land leistbar machen“, stellt Gschwentner klar. ♦



# Gesundheitspolitische Herausforderungen der nächsten 10 Jahre

Aufgrund der Veränderung der Altersstruktur muss es auch zu Änderungen bei der Gesundheitsversorgung kommen.



Bilderbox

**Patientenorientierte Versorgung muss im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik stehen.**

**G**esellschaftlicher und medizinisch-technischer Fortschritt in den letzten Jahrzehnten hat bewirkt, dass Personen in Zukunft später im Lebenszyklus erkranken werden. Damit einhergehend kann jedoch die „Mehrfach-Krankheitslast“ größer werden. Dadurch entsteht neuer Versorgungsbedarf. 2020 müssen die Finanzierungs- und die Versorgungsstruktur diesem Wandel angepasst sein. Zurzeit sind die Verläufe von Behandlung und die Schnittstellen viel stärker durch die Grenzen innerhalb der Finanzierungs- und Verwaltungsstruktur definiert als durch die Krankheit selbst.

Die Mischfinanzierung des Gesundheitssystems ist progressiv auszugestalten, sodass die Versorgung auf hohem Niveau weiterentwickelt und ausgebaut werden kann. Im Jahr 2008 gab Österreich etwa 29 Milliarden Euro für Gesundheit aus, ungefähr 22 Milliarden waren öffentliche, 6,5 Milliarden private Ausgaben. Anteilig an der Wirtschaftsleistung verbraucht der Gesundheitssektor 10,5 Prozent und garantiert

grundsätzlich eine gute Versorgung der Bevölkerung:

- ▶ Mit den meisten Gesundheitsindikatoren, z.B. Lebenserwartung, liegt Österreich im Vergleich mit anderen Industrieländern im guten Mittelfeld.
- ▶ Die Wahrscheinlichkeit, eine Krebserkrankung in Österreich zu überleben, ist deutlich höher als in anderen, vergleichbaren Ländern.
- ▶ Die Österreicherinnen und Österreicher sind nachhaltig sehr zufrieden mit dem Gesundheitswesen – und dies im Vergleich zu anderen Ländern auf einem hohen Niveau.

Die Verbesserung des Gesundheitszustandes muss durch Zugang zu Versorgung für alle auf hohem Niveau vorangetrieben werden. Sie muss gleichzeitig mit mehr Effektivität des Mitteleinsatzes einhergehen. Dies beinhaltet Versorgung und Gesundheitsstärkung unter Zuhilfenahme moderner Informationstechnologien. Chronisch Kranke

**„Die Verbesserung des Gesundheitszustandes muss durch Zugang zu Versorgung für alle auf hohem Niveau vorangetrieben werden.“**

verbrauchen bereits jetzt die meisten Ressourcen. Insbesondere für diese Gruppen, die ja häufig sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten umfassen, aber auch für Migranten müssen die Anstrengungen erhöht werden, die Qualität und die Effizienz der Versorgung auszubauen. Gezielte Vorsorgemaßnahmen sind zu treffen und es müssen laufend Ursachen für Unterschiede in der Krankheitslast systematisch erfasst werden.

Die Finanzierung dient der Verbesserung von patientenorientierter Versorgung, Informationen über Unterschiede in der Krankheitslast und des Gesundheitszustandes unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen müssen in die Mittelverteilung einfließen. Die Mittelverteilung hat nach integrierten Gesichtspunkten zu erfolgen und orientiert sich an einer zeitgemäßen Gesundheitsplanung. Diese Planungen haben auf effizienten Mitteleinsatz Bedacht zu nehmen und integrieren verstärkt relevante Qualitätsindikatoren. Sie werden zentral vorgenommen, sind verbindlich und werden mit Hilfe regionaler Pläne unter Einschluss des Sozialsektors dezentral konkretisiert. Partikularinteressen in der Verwaltung und auf Ebene der Berufs- oder Standesvertretungen sind dem Ziel der optimalen, am Bedarf orientierten und koordinierten Versorgung unterzuordnen. ♦

**Maria M. Hofmarcher** ist in der Gesundheit Österreich GmbH tätig und gehört der Gruppe der projektbegleitenden Expertinnen und Experten von „Österreich 2020“ an.

## TERMINKALENDER

### Dienstag, 1. 6.

#### Infoabend

Rechtzeitig vor dem Start der Fußball-WM in Südafrika lädt die Fachgruppe Gastronomie der Wirtschaftskammer Wien alle interessierten Wirte ein, sich beim Infoabend „Fußball beim Wirt'n - Die Übertragung der WM-Spiele in meinem Betrieb - was muss ich wissen?“ rund um das Thema Fußballübertragungen in Gaststätten zu informieren.

Information und Anmeldung:

Tel.: 01/514504209

[gastronomie@wkw.at](mailto:gastronomie@wkw.at)

**Beginn: 15.00 Uhr**

**Haus der Wiener Gastwirte**

Judenplatz 3-4, 1010 Wien

#### Bildungstalk

Im Rahmen der Initiative Österreich 2020 gibt der Bildungstalk II „Bildung zahlt sich aus – die ökonomische Bedeutung der Bildung“ mit Bildungsministerin Claudia Schmied Gelegenheit zum Gespräch über bildungspolitische Zukunftsfragen. Mit der Bildungsministerin diskutieren werden an diesem

Abend unter anderem der Bildungsökonom Stefan Wolter und Anna Badora, Intendantin des Schauspielhauses Graz.

Information und Anmeldung:

Tel.: 01/804650127

[post@renner-institut.at](mailto:post@renner-institut.at)

**Beginn: 18.30 Uhr**

**Museumsquartier, Barocke Suiten**

Museumsplatz 1, 1070 Wien

### Mittwoch, 2. 6.

#### Lesung

„Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern“ – auf Elfriede Hammerls Kolumnen, die seit rund 25 Jahren im Nachrichtenmagazin „profil“ erscheinen, trifft dieses Sprichwort nicht zu. Das beweist ein neues Buch mit dem Titel „ALLES falsch gemacht“, das die gesammelten Beiträge der Autorin enthält – vorwiegend zum Thema „Gleichberechtigung und Benachteiligung von Frauen“. Obwohl die Kolumnen nämlich bis in die späten 80er Jahre zurückreichen, sind die Themen auch heute noch äußerst aktuell.

Mehr Information unter:

[www.medeia-wieden.at](http://www.medeia-wieden.at)

**Beginn: 18:30 Uhr**

**Medeia Frauencafe,**

**im Projektraum Sonnensegel,**

Pressgasse 28, 1040 Wien

### Montag, 7. 6.

#### Diskussion

In der Reihe „Genial Dagegen“, kuratiert von Robert Misik, diskutieren Roger Liddle (Vorsitzender des Think Tanks „Policy Network“) und Patrick Diamond (Leiter der Abteilung für langfristige Politik im Büro von Gordon Brown) über „The Only Way How to Renew

Europes Social Democracy“

Information & Anmeldung:

Tel.: 01/318826020

[einladung.kreiskyforum@kreisky.org](mailto:einladung.kreiskyforum@kreisky.org)

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Bruno Kreisky Forum**

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

### Dienstag, 8. 6.

#### Vortrag und Diskussion

Percy Schmeiser, Träger des Alternativen Nobelpreises, berichtet von seinem Kampf „David gegen Monsanto“. Das kanadische Farmer-Ehepaar Schmeiser wurde Opfer der Gentechnik bzw. des Saatgutmonopolisten und Chemiegiganten Monsanto. Dagegen wehrte es sich mit enormer Zivilcourage. Nach über 10 Jahren juristischer Auseinandersetzung verwiesen die Schmeisers den Weltkonzern in die Schranken, indem sie Monsanto zwangen, bedingungslos die Haftung gentechnischer Verunreinigung zu übernehmen. Für seinen Kampf gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft erhielt das Ehepaar Schmeiser 2007 den Alternativen Nobelpreis. Am Podium dabei u.a.: Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung.

Anmeldung: [www.futurelogics.com](http://www.futurelogics.com)

**Beginn: 19:00 Uhr**

**Campus der Universität Wien**

**Altes AKH, Hörsaal C1**

Spitalgasse 2-4, 1090 Wien

### Samstag, 12. 6.

#### Bundesparteitag

Der 41. Ordentliche Bundesparteitag der SPÖ findet in der Pyramide in Vösendorf statt.

**Beginn: 09.30 Uhr**

## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag<sup>a</sup> Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag<sup>a</sup> Alexandra Bärthl, Mag<sup>a</sup> Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag<sup>a</sup> Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Pertramer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: [spoe.aktuell@spoe.at](mailto:spoe.aktuell@spoe.at), Homepage: [www.spoe.at](http://www.spoe.at)

## NET NEWS

[www.oe2020.at](http://www.oe2020.at)

## Befragung zum Thema „Frauen und Familie“

Vor etwa zwei Wochen hat sich die „Österreich 2020“-Diskursgruppe mit den Thesenpapieren zum Thema „Frauen“ und „Familie“ öffentlich in einem Diskursworkshop auseinandergesetzt. Jetzt stehen die ausgearbeiteten Thesenpapiere auf der „Österreich 2020“-Seite für alle zur Diskussion bereit. Bis einschließlich 4. Juni laden zwei Befragungen zum Mitmachen ein. Hierbei geht es darum,

Feedback zu den bereits aufgestellten Thesen und neue Inputs zu geben. Diese Vorschläge werden großteils in eine weitere, überarbeitete Version des Thesenpapiers einfließen und von den Expertinnen und Experten in der Diskursgruppe diskutiert werden.

Für technische und inhaltliche Fragen ist die „Österreich 2020“-Redaktion unter [redaktion@oe2020.at](mailto:redaktion@oe2020.at) erreichbar. ♦





## Weltausstellung ...

...in China: Bundeskanzler Werner Faymann besuchte vergangene Woche die Expo in Shanghai. Bei der Eröffnung des Österreich-Tages zusammen mit Bürgermeister Han Zheng durfte die Abordnung der Schützenkompanie Ramsau nicht fehlen.



## Erweiterung ...

... der HTL Salzburg: Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Bildungsministerin Claudia Schmied führten zusammen mit HTL-Direktor Herbert Kittl den Spatenstich für den Ausbau durch.

## Anstich ...

... für den Koralmtunnel: Der Tunnel, der die Steiermark und Kärnten verbindet, wurde vergangene Woche vom steirischen Landeshauptmann Franz Voves angestochen.

